

reichenden Boston, Cleveland, Milwaukee. Hier gibt es Großstädte, die weit über die Hälfte katholisch sind, Buffalo, Jersey, City, Providence. Mit andern Worten: die große Masse der amerikanischen Katholiken sind Großstadtmenschen. Landstädte mit überwiegender Katholikenzahl gibt es wenige, einen katholischen Bauernstand überhaupt nicht. Die Frage ist, ob darin nicht, bevölkerungspolitisch gesehen, eine Gefahr liegt. In der Bevölkerungslehre gilt es als Regel, daß die großen Städte sich nur durch ständigen Zuzug vom Land erhalten, also ohne diesen Zuzug mit der Zeit aussterben würden. Wenn diese Regel für Amerika zutrifft, dann müßte die Zahl der Katholiken in absehbarer Zeit abnehmen, denn vom Land, aus den Agrargegenden, kommt für sie kein Zuzug.

Nun dürfte aber dieses Gesetz von der biologischen Überlegenheit der Landbevölkerung in Amerika nicht in demselben Maß gelten wie in Europa, schon deshalb nicht, weil die innere Struktur der amerikanischen Großstadt ganz anders ist, und zwischen Stadt und Land der Unterschied in der Lebensführung viel geringer ist. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die Diasporaseelsorge, die ja in Amerika weithin gleichbedeutend ist mit Landseelsorge, nicht für die Zukunft der Kirche von größter Bedeutung wäre. Schon 1905 gründete Francis C. Kelley, später Bischof von Oklahoma, die Church Extension Society, die sich die Diasporaseelsorge, besonders im Südwesten, zur Hauptaufgabe stellt. Die Extension Society arbeitet mit Kapellen-Eisenbahnwagen und Kapellenautos und hat bis 1942 fünftausend Diasporakirchen gebaut. Mehr nach der sozialen Seite, aber in demselben Sinn, arbeitet die 1922 entstandene Organisation Rural Life mit dem Sitz in Des Moines, Iowa. Ihr Gründer ist Edwin V. O'Hara, später Bischof von Kansas City, Missouri, gegenwärtiger Leiter der bekannte Agrarsoziologe Mons. Luigi Ligutti. Rural Life will die katholische Landbevölkerung erhalten, wo sie vorhanden ist, und womöglich neue katholische Farmer heranziehen. Beides geht Hand in Hand mit einer intensiven Förderung der Landseelsorge.

Solche Bestrebungen, vom Vertrauen der Bischöfe und des gläubigen Volkes getragen, zeigen wiederum jenen mutigen und geradlinigen Grundzug der amerikanischen Seelsorge, die nicht auf Randgebieten billige Erfolge sucht, sondern die Schwierigkeiten da anpackt, wo sie liegen.

Der „blutige Sonntag“ (9. Januar 1905) in der russischen Revolutionsgeschichte

Von RODERICH VON UNGERN-STERNBERG

Am 9. Januar d. J. jährte sich zum 50. Mal ein bedeutsamer Tag in der russischen Geschichte. Um zu beurteilen, welcher Umbruch im weltanschaulichen Bereich die Ereignisse des 9. Januar 1905 bedeutet haben, müssen wir etwas weiter zurückgreifen und kurz schildern, welche Schritte die

zaristische Regierung unternahm, um die Arbeiterfrage zu „lösen“, was im wesentlichen hieß: die Industriearbeiterschaft dem Einfluß der revolutionären Propaganda zu entziehen.

Daß die Zusammenballung großer Arbeitermassen in den Städten, wie sie, beginnend mit den achtziger Jahren vor sich ging, eine für das absolutistische Regime gefährliche Wendung haben konnte, war den führenden Köpfen der Regierung kein Geheimnis, seitdem die immer zahlreicher ausbrechenden Streiks zu großen Demonstrationen mit revolutionären Losungen, wie „Alles Land dem Volk“ — „Nieder mit der Selbstherrschaft“ usw., auszuarten begannen.

Das Finanzministerium leitete in der ersten Hälfte der achtziger Jahre N. Ch. von Bunge, eine Persönlichkeit von weitem geistigem Horizont, dem die westeuropäische Sozialgesetzgebung gut bekannt und dessen Einfluß zu verdanken war, daß bis in die Mitte der achtziger Jahre (1886), günstige und vielversprechende Ansätze einer Arbeiterschutzgesetzgebung: Verbot von Kinderarbeit, Einschränkung der Arbeit Jugendlicher und Frauen in bestimmten Gewerbebezügen, sowie die Begründung eines Fabrikinspektorats zustande kamen. Mit dem Ausscheiden Bunges und der Übernahme des Finanzministeriums durch Wyschnegradski und dann durch seinen Nachfolger, Sergeij Witte, änderte sich die Sozial- und Wirtschaftspolitik des Ministeriums grundlegend: jetzt sollten mit allen Mitteln die industriellen Belange vorangetrieben und der „freien Entfaltung der produktiven Kräfte“ keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden. Das bedeutete für die Sozialgesetzgebung, daß die Unternehmer nach Willkür die Arbeitnehmer ausnutzen konnten, ohne von der Gesetzgebung her Einschränkungen fürchten zu müssen. Unter russischen Verhältnissen besagte diese Politik, daß die Anwendung der geltenden Gesetze durch administrative Maßnahmen, Verfügungen des Ministers usw. eingeschränkt, abgeschwächt oder sogar lahmgelegt wurde.

Für das Verständnis der nachfolgenden Ereignisse verdient hervorgehoben zu werden, daß sich das Innenministerium, also die oberste Polizeibehörde, dieser Vernachlässigung der sozialen Gesetzgebung von Anbeginn an widersetzte, nicht aus menschenfreundlichen Beweggründen, sondern um die Streikbewegung durch Gewährung auskömmlicher Löhne, Besserung der Arbeitsbedingungen, Abschaffung grober Ausbeutungsmethoden der Arbeiter einzudämmen, — Maßnahmen, die dem Ministerium vom Standpunkt der politischen Sicherheit und öffentlichen Ordnung notwendig erschienen. In der zweiten Hälfte der achtziger und im Laufe der neunziger Jahre fand zwischen dem Innenministerium und dem Finanzministerium, dem die Sozialgesetzgebung anvertraut war, ein heftiger Meinungsstreit statt. Selbst das bekannte Haupt der reaktionären Partei, der Innenminister Dimitrij Tolstoi, war bereits in der ersten Hälfte der achtziger Jahre nachdrücklich gegen die Willkür der Unternehmer aufgetreten, die sich vor allem in den „unverhältnismäßig hohen Geldstrafen“, den „hohen Preisen

in den Fabrikkläden“ und in den „Ungenauigkeiten der Entlohnungsbedingungen mit Leuten, die des Lesens unkundig“ waren, äußerte. Das alles führe, erklärte D. Tolstoi, zu Unruhen, die schließlich nicht anders als mit Waffengewalt unterdrückt werden könnten.

Die gleiche Rolle eines Fürsprechers der Arbeiter übernahm das Innenministerium in den neunziger Jahren. Es drang u. a. darauf, daß die Verkürzung der Arbeitszeit — durch Gesetz vom 2. Juni 1896 war der Arbeitstag auf 11 1/2 Stunden beschränkt — nicht zu Lohnkürzungen führe. In dem betreffenden Gutachten heißt es: „Die Regierung kann nur darauf bedacht sein, daß auch die Fabrikarbeiter, wie es bei dem Landvolk der Fall ist, in ihr eine beständige Beschützerin, eine gerechte und milde Gönnerin erblicken. Bis jetzt griff die Regierung wenig in die Frage ein, weil dieselbe keine besondere Aufmerksamkeit auf sich zog, aber gegenwärtig wird die Arbeiterfrage mit wachsendem Nachdruck in den Vordergrund gerückt.“¹ Ja, die Vertreter des Innenministeriums bestanden sogar darauf, den Fabrikinspektoren die Befugnis zu erteilen, den Arbeitslohn zu regeln, ein Lohnminimum festzusetzen. Aber das Finanzministerium, das in der ganzen Angelegenheit federführend war, widersetzte sich hartnäckig diesen Eingriffen des Polizeiministeriums in die Rechte der Fabrikbesitzer, die, vor allem ihr moskowitzischer Teil, gegen jede Einschränkung ihrer Machtstellung gegenüber „ihren“ Arbeitern protestierten. Den Arbeitern war jeder gewerkschaftliche Zusammenschluß strengstens verboten. Sie besaßen keinerlei Vertretung ihrer Interessen.

Indessen wirkten die geschilderten Erwägungen im Innenministerium weiter. Es war nach wie vor auf eine Milderung offensichtlicher Notstände bedacht. Allerdings gab es zwei Richtungen in diesem Ministerium. Die eine wollte den wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter verständnisvoll entgegenkommen, etwa mit dem Hinweis, daß es der zaristischen Regierung nicht anstehe, einseitig die Unternehmerinteressen zu schützen, daß eine solche Politik mit der väterlichen Fürsorge der zaristischen Regierung für das Volk unvereinbar sei und die Polizei nicht ausschließlich für die Fabrikanten eintreten dürfe. Die andere Richtung machte dagegen geltend: in unseren Verhältnissen sei es unmöglich, nach westeuropäischem Vorbild die Arbeiterfrage zu behandeln, wie die Erfahrung lehre, weil alle Ausstände in politische Demonstrationen mit regierungsfeindlichen Losungen ausarten, gegen die polizeiliche und nötigenfalls militärische Machtmittel einzusetzen unvermeidlich sei.

Gegen Ende der neunziger Jahre nahmen tumultuarische Unruhen, große Streiks, an denen sich Zehntausende beteiligten, besonders in den wirtschaftlichen Krisenjahren dieser Zeit, fortgesetzt einen größeren Umfang an. Unter diesen Umständen lag es nahe, daß die wohlwollende, die „sozialistische“ Richtung im Innenministerium Veranlassung nahm, ihre Absichten zu ver-

¹ Brauns Archiv für soziale Gesetzgebung 1898, XI, S. 483 u. f. zitiert auch bei *M. Tugan-Baranowsky*, „Geschichte der russischen Fabrik“, S. 497.

wirklichen. Dies geschah in den Jahren 1902/03 zunächst in Moskau unter der Leitung des Obersten der Sicherheitspolizei Sergej Subatow. Auf seine Initiative hin wurden von der Polizei freundschaftliche Beziehungen zu der Arbeiterschaft angeknüpft; ihr wurde erklärt: die Regierung habe gar nichts dagegen, wenn die Arbeiterschaft in friedlicher, die öffentliche Ordnung nicht störender Weise, wirtschaftliche Forderungen durchzusetzen trachte; die Polizei werde sie hierin sogar unterstützen. In der Tat bewies die Praxis, daß überall, wo Lohnforderungen gestellt wurden, Polizeiagenten bei den Werkleitungen erschienen und verlangten, daß die Forderungen der Arbeiter restlos bewilligt würden, weil andernfalls die öffentliche Ordnung und Ruhe gestört werde! Hier und da ergab sich sogar das merkwürdige Schauspiel, daß die Arbeiter von den Agenten Subatows angeregt wurden, Forderungen zu stellen, wobei stets die zugesagte Unterstützung der Polizei einsetzte.

Gegenüber anders lautenden Darstellungen ist darauf hinzuweisen, daß dieser „polizeiliche Sozialismus“, wie ihn Subatow in Szene setzte, nicht das Werk von Spitzeln oder gar von Provokateuren der Geheimen Staatspolizei war. Diese Politik war vielmehr eine Fortsetzung der Richtung, die, wie wir gesehen haben, im Innenministerium bereits in den achtziger Jahren bestand und aus einer unter russischen Verhältnissen begreiflichen Mischung von Willkür und Wohlwollen hervorgegangen war. Ein solcher Versuch, die Arbeiterfrage zu lösen“, konnte allerdings zu Anfang dieses Jahrhunderts nur noch im Hirn eines russischen Polizisten entstehen; er war jedoch keineswegs arbeiterfeindlich oder gar provokatorisch gemeint und konnte auch nicht ohne Zustimmung höherer Instanzen des Ministeriums unternommen werden.

Dieser moskowitzische Sozialismus fand einen für die damaligen russischen Zustände bezeichnenden jähen Abschluß: unvorsichtigerweise liehen die Subatowzi eines Tages einem Streik ihre Unterstützung in einem Werk, dessen Besitzer hauptsächlich französische Aktionäre waren und das einen französischen Direktor an der Spitze hatte. Dieser Herr Gougon ließ sich diesen russischen Sozialismus nicht gefallen, fuhr schnurstraks nach Petersburg zum französischen Botschafter, dieser wurde geeignetenorts vorstellig, und von Petersburg erfolgte die Weisung, die ganze Aktion sofort einzustellen.

Inzwischen hatte sich aber in St. Petersburg ein ähnlicher Versuch, die Arbeiter zu befrieden und mit dem bestehenden Regime auszusöhnen angebahnt. Die Anfänge dieser Aktion gehen zurück auf die Unternehmungen von Subatow in Moskau und standen von Anbeginn an mit dem Namen eines jungen Priesters in Verbindung, Georgij Gapon, der im Hafenviertel der Residenz anfänglich als Pfarrer in einem Armenhaus tätig war. Seine Absicht, den Arbeitern, die nicht nur unter der Willkür der Unternehmer und einer sich ausbreitenden Wirtschaftskrise, sondern obendrein unter den häufigen Überschwemmungen dieses Stadtteils schwer zu leiden hatten und zum Teil elendiglich dahinkegerten, zu helfen und beizustehen, ist zweifellos

humanen und sozialen Beweggründen entsprungen, wobei vielleicht auch die Absicht, der revolutionären Propaganda entgegenzuwirken, bei ihm anfänglich mitgewirkt haben mag. Die Absicht, Hilfe zu schaffen, konnte nur verwirklicht werden, wenn gemeinsame Aussprachen unter Hinzuziehung weiter Arbeiterkreise ermöglicht wurden. Hierzu bedurfte es der polizeilichen Genehmigung, und diese Notwendigkeit brachte den Priester Gapon in Verbindung mit der Polizei und zu einer immer engeren Fühlungnahme mit den obersten Polizeiorganen der Residenz, denen er seine Ziele und Absichten natürlich auseinandersetzen mußte, und die in diesem gewandten und beredten Priester eine Person monarchischer, treu untertäniger Gesinnung zu entdecken glaubten, die geeignet schien, in wirksamer Weise, im Zeichen des Kreuzes und des russischen zaristischen Doppeladlers der revolutionären Propaganda entgegenzuwirken. Wahrscheinlich hat Gapon für die Bestreitung der Unkosten seiner Arbeiterversammlungen von der Polizei geldliche Unterstützung erhalten. Dies stempelt ihn aber nicht zu einem Agenten der Polizei und zu ihrem gefügigen Werkzeug und erst recht nicht zu einem Spitzel und Provokateur, wie ihn die bolschewistische Schilderung darstellt.²

Die Gaponowschen Arbeiterversammlungen und Vereine wurden von der Regierung erlaubt. Bei der Gründungsfeier war u. a. der General Foulon, der Stadthauptmann der Residenz, zugegen. Gapon war kein organisatorisches Talent, aber ein Volksredner, der sein vibrierendes Herz und seine innere Erregtheit den Versammelten mitzuteilen wußte. Es bildeten sich in schneller Folge in vielen Stadtteilen Abteilungen der Gaponowschen Organisation. Die Versammlungen fanden großen, steigenden Zulauf. Die Nächstbeteiligten, die Gaponowzi, bildeten besondere Gruppen innerhalb der Arbeiterschaft, denen die revolutionär Gesinnten zunächst sehr mißtrauisch begegneten und die ganze Angelegenheit als eine „popistische Unternehmung“ anzuprangern suchten, aber wegen der ständig zunehmenden Versammlungstätigkeit der Gaponowzi doch nicht umhin konnten, sich in den Versammlungen einzufinden und an den erregten Aussprachen teilzunehmen. Die Polizei verhielt sich passiv, obwohl die Reden häufig Gegenstände erörterten, die öffentlich zu behandeln strengstens verboten war, wie die Einführung des Achtsturentags, die Beendigung des Krieges usw. Für die allgemeine damalige Stimmung war übrigens von Bedeutung, daß alle diese Vorgänge sich auf dem Hintergrund des russisch-japanischen Krieges von 1904/05 abspielten, der bereits zu Anfang des Jahres 1905 schwere Mißerfolge auf russischer Seite gezeitigt und zu einer allgemeinen Empörung über das bestehende Regime geführt hatte. Die Forderung nach einer Konstitution, der Abschaffung des absolutistisch-bürokratischen Regimes, wurde

² Wie das u. a. in der „Großen russischen Enzyklopädie“ geschieht, die auch sonst von Entstellungen und bewußten Unwahrheiten strotzt. — *V. Gitermann*, „Geschichte Rußlands“, 3. Bd., folgt in seiner Darstellung unkritisch dieser bolschewistischen Schilderung und scheint die einschlägige Literatur, die z. B. in dem Artikel von *Wladimir Burzew* in der *Encyclopaedia of the Social Sciences*, 5. Bd., S. 568 angegeben ist, nicht zu kennen.

immer dringender und allgemeiner. Hinzukam, daß die Lebenshaltungskosten fortgesetzt stiegen und Anfang Januar in Petersburg eine große Streikbewegung auslösten, die auch die Gaponowzi mitmachten, weil einigen ihrer Anhänger in den großen Putilow-Werken gekündigt worden war.

In dieser Atmosphäre allgemeiner Erregung und Erbitterung reifte ein Plan der Verwirklichung entgegen, der offenbar schon im engeren Kreise der Anhänger Gapons mehrfach erörtert worden war: dem Zaren eine Bittschrift zu überreichen, und zwar in aller Öffentlichkeit, für jedermann sichtbar, damit sich alle überzeugen könnten, daß das Anliegen des Volkes, seine untertänige Bitte um Beistand auch tatsächlich in die Hände des Zaren gelangte.

Wie groß und verbreitet dazumal im russischen Bauernvolk und auch innerhalb der Industriearbeiterschaft die Überzeugung war, der Zar sei der von Gott eingesetzte Nothelfer des Volkes, geht u. a. daraus hervor, daß in den Jahren 1902/03 die Revolutionäre sich veranlaßt sahen, unter den Bauern die Mär zu verbreiten, der Zar habe durch Allerhöchstes Manifest befohlen, das Land der Gutsbesitzer den Bauern zu überlassen; die Gutsbesitzer und die Beamten aber hätten das Manifest unterschlagen; darum müßten die Bauern zur Selbsthilfe greifen und sich das Land aneignen. —

Der Entschluß der Gaponowzi, dem Zaren eine Bittschrift einzuhändigen, sollte nach eingehender Aussprache in den Versammlungen, in denen eine fieberhafte Atmosphäre herrschte, in folgender Form verwirklicht werden. In feierlichen Prozessionen sollte die Arbeiterschaft unter Führung von Gapon, unter Vorantragung von Kirchenbannern, Ikonen und Zarenbildern, unter dem Gesang von Hymnen, am 9. Januar 1905 aus allen Arbeiterstadtteilen in der Richtung zum großen Platz vor dem Winterpalais pilgern, wo Gapon die Bittschrift dem Zaren überreichen sollte. Diese grandiose Aktion, an der unmittelbar etwa 140 000 Menschen teilnahmen, entsprang nicht nur und nicht einmal vornehmlich dem Wunsch, die wirtschaftliche Notlage der Arbeiter dem Zaren zur Kenntnis zu bringen. Nicht darum ging es, „was werden wir essen, was werden wir trinken, womit werden wir uns kleiden“. Zutiefst war die Arbeiterschaft bewegt von eschatologischen Vorstellungen, von der Sehnsucht nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit. Und „das Reich Gottes ist nicht Essen und Trinken, sondern Gerechtigkeit“ (Röm 14, 17). Denn „der russischen Religiosität war die eschatologische Erwartung des Reiches Gottes auf Erden seit jeher eigen“ (N. Berdjajew).

So ist auch die Manifestation des Glaubens: der Zar, der Gesalbte des Herrn, dessen Herz in Gottes Hand ruhet, wird helfen, die Ungerechtigkeit, die in der Welt herrschende Unwahrheit, die „Nepráwda“ zu beseitigen, ein Glaube, der am 9. Januar 1905 ergreifend zum Ausdruck kam, materialistisch völlig unerklärlich. Auch die einleitenden Worte der Bittschrift lassen das erkennen. Sie lauten: „Wir, die Arbeiter der Stadt St. Petersburg, unsere Frauen, Kinder und hilflosen greisen Eltern sind zu Dir, Gossudarj,³

³ Herr und Gebieter.

gekommen, Gerechtigkeit und Schutz zu suchen — —“. Dann folgen in der Bittschrift allerdings Forderungen, die in der ursprünglichen Fassung sicherlich nicht enthalten waren, wie: Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, Achtstundentag, Übergabe des Grund und Bodens an das Volk, Abschaffung aller indirekten Steuern, Beendigung des Krieges usw. Diese Forderungen, die den Absichten, von denen sich die politische Staatspolizei bei der Gründung der Arbeitervereine hatte leiten lassen, völlig widersprachen, sind von Sozialdemokraten in den letzten Tagen vor dem 9. Januar in den Text der Bittschrift hineingebracht worden, als die ganze Bewegung dem unmittelbaren Einfluß der Gaponowzi schon zu entgleiten begann und Gapon selbst in den Massenversammlungen dem Drängen nach einer Konkretisierung des Inhalts der Bittschrift nicht widerstehen konnte, vielleicht auch nicht widerstehen wollte. Die erwähnten Forderungen, so abwegig sie in damaliger Zeit auch teilweise erscheinen konnten, brachten doch zum Ausdruck, was im Januar 1905 mehr oder weniger von allen Oppositionellen, zu denen rund 90 v. H. der Bevölkerung gehörten, vertreten wurde.

Der Inhalt der Bittschrift war der Regierung bekannt. Desgleichen war der Zar von den Absichten und Wünschen der Arbeiter unterrichtet. Sie wußten: am Sonntag, den 9. Januar, wird sich eine riesige Menschenflut, an der Spitze ein Priester im Ornat, vor dem Winterpalais versammeln. Eine Abordnung will dem Zaren eine Bittschrift überreichen. — Wie stellten sich Zar und Regierung zu dieser grandiosen Kundgebung, an deren Entstehung die Regierung durch die Duldung und Förderung der Gaponowschen Versammlungen nicht unbeteiligt war? Mußten sie sich nicht sagen, mußte der Zar nicht fühlen, daß eine Stunde geschlagen hatte, in der sich eine wohl niemals wiederkehrende, schicksalhafte Gelegenheit bot, in altherkömmlicher, russischer, zeremonieller Form die Verbundenheit zwischen Zar und Volk zu manifestieren? Dem Inhalt der Bittschrift war keine besondere Bedeutung beizumessen. Galt es doch, vom richtig erwogenen Standpunkt der zaristischen Regierung aus eine symbolische Handlung zu vollziehen. Es ging darum, auf keinen Fall das Glaubensgut des Volkes, das religiöse und politische, zu erschüttern, den Zarenmythos, das höchste geistig-seelische Gut, über das der Zarismus noch verfügte, unversehrt zu erhalten und es den Fängen der Revolution zu entreißen. Dies waren doch wohl die staatsmännischen Erwägungen, die sich jedem aufdrängen mußten, der guten Willens war und die russische Volkspsyche kannte.

Statt dessen regierte gekränkter Ehrgeiz und polizeilicher Stumpfsinn der maßgebenden und einflußreichen Personen im Regierungslager die Stunde. Die einen erklärten, als sie von den Absichten der Arbeiterschaft erfuhren: geht mich nichts an, ich bin nicht zuständig; die anderen: besitze leider nicht mehr das Vertrauen des Zaren! Keiner war der Situation gewachsen. Niemand von den Maßgebenden begriff, was zum mindesten eine geschickte Regie an diesem Tage hätte leisten können. Der Zar selbst erwies sich als

völlig unfähig zu erkennen, daß die gläubige Seele seines Volkes auf ihn zukommen wollte.

Schließlich handelten die militärischen Befehlshaber der Residenz. Sie mobilisierten alle verfügbaren Truppen und befahlen, die Volksmassen nicht zum Platz vor dem Winterpalais vordringen zu lassen, nötigenfalls schonungslos von der Waffe Gebrauch zu machen.

Diesem Befehl wurde in den verschiedenen Straßen der Außenbezirke in unterschiedlicher Weise Folge geleistet. Natürlich widerstand es vielen Kommandeuren, auf die wehrlos, in feierlicher Prozession heranrückende Menge zu schießen; sie versuchten die Massen zurückzudrängen, sie zu zerstreuen. Andere ließen ohne viel Warnung Salven abgeben. Es gab Tote und Verwundete. Trotzdem hatte sich auf dem riesigen Platz vor dem Palais, das von Infanterie dicht umstellt war, eine riesige Menschenmenge, darunter viele Frauen, Kinder und Neugierige versammelt. Stundenlang standen sich die Menge und die Truppen gegenüber. Keine Reden, keine Äußerung von Ungeduld. Schließlich ertönte ein Hornsignal und krachten Salven in die ahnungslose Volksmasse. Fürchterliche Panik folgte. Alles zerstob. Als Reaktion auf den Schock, den die Schüsse auslösten, begann ein Pogrom. Schaufenster wurden zertrümmert, Passanten umgerannt, Arbeiter plünderten Waffenhandlungen. Es begann eine allgemeine kopflose Schießerei. Eine militärische „Säuberungsaktion“ setzte ein, der zahllose Menschen zum Opfer fielen.

An diesem blutigen Sonntag wurden nach amtlichen Angaben über 1200 Leichen gezählt. Zu der Tragödie wurde schließlich von den bornierten Regisseuren aus der zarischen Umgebung noch eine Komödie hinzugefügt: am Tage nach dem 9. Januar wurden einige 20 „Arbeiter“ von der Polizei nach Zarskoje Selo transportiert und dem Zaren vorgeführt. Nikolai II. stammelte einige kaum vernehmbare Worte, wonach „Bösewichte“ die Arbeiter verführt, betrogen, mißleitet hätten. — Anschließend wurde die „Abordnung der Petersburger Arbeiter“ abgefüttert und wieder heimgeschickt.

Dies war das grauenhaft-klägliche Finale eines Tages, der für das russische ancien régime zu einem Tage der Versöhnung, der Sühne, einer weihvollen Bestätigung der Verbundenheit zwischen Zar und Volk hätte werden und manches hätte aus dem Wege räumen können, was vergiftend auf das russische politische Leben dieser Jahre einwirkte. Tatsächlich ist dieser Tag zu einem Vorspiel, einer Ouvertüre der Revolution gemacht worden von Menschen, die ihrer Bestimmung nicht gewachsen waren, denen weder die Gnade Gottes zuteil wurde, noch die Vernunft den richtigen Weg wies.

Der künftige Historiker wird viel Mühe darauf verwenden müssen, den authentischen Hergang der Ereignisse des 9. Januar, seine tiefsten Ursachen und vor allem seine Fernwirkungen zu erforschen. Die Zeitgenossen der geschilderten Vorgänge und dessen, was folgte, wissen, sofern sie die Konsequenzen beobachtet haben, daß den Revolutionen der Jahre 1905/06 und der Jahre 1917/1920 enorme Antriebe aus dem „blutigen Sonntag“ zuteil wur-

den. An diesem Tage wurde eine Glaubenswelt tief und nachhaltig erschüttert. Der Zarenmythus zerbrach. Er ist nie mehr wiedererstanden. Die revolutionäre These: Der Zar ist nichts anderes als der größte Latifundienbesitzer, das Haupt der Klassenfeinde, der Großgrundbesitzer und Fabrikanten, hatte sich vor allem im Urteil der Industriearbeiterschaft als richtig erwiesen. Dies brachte der 9. Januar aber auch dem ganzen Volk eindrücklich zur Kenntnis. Die Kunde von den Petersburger Ereignissen verbreitete sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit, trotz des Schweigens der Presse, dank der engen Verflechtung, die damals zwischen den Industriearbeitern und dem russischen Bauernvolk noch bestand. Die verhängnisvollen Folgen konnten nicht ausbleiben.

Nach 50 Jahren gedenkt die Sowjetregierung des 9. Januar 1905 als eines der denkwürdigsten Meilensteine auf dem Wege zu ihrer Herrschaft.

Evanston 1954

Von OSKAR SIMMEL S. J.

Mit der Schlußpredigt, die Bischof Eivind Berggrav von Norwegen am 31. August 1954 in der First Methodist Church von Evanston, einer Vorstadt von Chicago, hielt, ging die 2. Weltkirchenkonferenz zu Ende, von der *Presbyterial Life* (Ökumenischer Pressedienst Nr. 43, 15. Oktober 1954) schreibt, sie sei das „in Ausmaß und Mannigfaltigkeit ... größte Ereignis der christlichen Geschichte“ gewesen. Nicht weniger als 163 „Kirchen“ hatten 502 Delegierte entsandt, und von 179 „Kirchen“ aus 54 Ländern, nur China war nicht dabei, waren 1298 offizielle Besucher anwesend, unter denen allerdings, anders als vor zwei Jahren auf der Konferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Lund, keine Katholiken vertreten waren. 12 Berichterstatter amerikanischer Rundfunkgesellschaften und 16 von ausländischen hielten die Millionen ihrer Hörer jeweils unmittelbar auf dem laufenden. Dazu kamen die Fernsehstationen, die Filmgesellschaften, die Presse aller Länder, die nicht weniger als 530 Reporter geschickt hatte. 130000 Menschen wohnten dem großen „Festspiel des Glaubens“ bei, das mit einem feierlichen Einzug aller Delegierten in kirchlichem Ornat oder heimatlicher Tracht und ihren Fahnen eröffnet wurde und bei dem 4000 Gemeindeglieder von Chicago, davon 2500 in Sprechchören, biblische Szenen von Moses bis zur Geheimen Offenbarung darstellten. Einen Höhepunkt der Konferenz bildete zweifellos der Besuch des amerikanischen Staatspräsidenten, der vor 18000 auf dem Freigelände der methodistischen Nordwestuniversität von Evanston versammelten Zuhörern „Taten des Glaubens“ forderte, damit „ein gerechter und dauerhafter Friede“, den man ohne Gott nicht haben könne, Millionen von Menschen vor Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit bewahre. Ausstellungen der verschiedensten Art gaben Einblicke in das Le-